

DATENSCHUTZINFORMATIONSBLATT FÜR KLIENT*INNEN, INTERESSENT*INNEN UND GESCHÄFTSPARTNER*INNEN

Informationen zum Datenschutz nach Art. 13 und 14 DS-GVO

Liebe Klient*innen, Interessent*innen und
Geschäftspartner*innen,

wir nehmen den Datenschutz in unserer
Trägergruppe sehr ernst und Ihre diesbezüglichen
Rechte liegen uns sehr am Herzen. Sie erhalten hier
alle mitteilungspflichtigen und wissenswerten
Informationen zum Datenschutz bei uns.

**Wer ist bei uns für den Datenschutz
verantwortlich und an wen können Sie sich bei
Fragen wenden:**

Verantwortliche Stellen im Sinne der DS-GVO als
Verantwortungsgemeinschaft sind:

Familienhilfe Nord Zübeyde Tas
Inhaberin: Zübeyde Tas
Europaallee 21, 22850 Norderstedt

Telefon: 040 / 60 92 75 95
E-Mail: info@familienhilfe-nord.de

Unser Datenschutzbeauftragter:

Tobias Lange
Externer Datenschutzbeauftragter
Berner Heerweg 246, 22159 Hamburg
E-Mail: info@tl-datenschutz.de
Telefon: 040/ 5700 3925

**Gemeinsame verantwortliche Stelle mit dem
ASD/Jugendämtern:**

Die Familienhilfe Nord wird in unterschiedlicher Form
als freier Träger für den „Allgemeinen Sozialen
Dienst (ASD)“, in der Regel auch als Jugendämter
bezeichnet, tätig. Dieses insbesondere bei der
Erbringung von Hilfen zur Erziehung nach SGB VIII,
vierter Abschnitt, erster Unterabschnitt, §§ 27 bis 35.

Hierbei werden die Zwecke und Mittel der
Leistungserbringung als auch die damit verbundene
Speicherung und Verarbeitung von personen-
bezogenen Daten mit den zuständigen
Jugendämtern (ASD) gemeinsam festgelegt.
Entsprechend bilden die Familienhilfe Nord und der
ASD hier eine gemeinsame verantwortliche Stelle für
den Datenschutz.

Es obliegt dabei dem ASD im Verfahren der
Beantragung der Hilfen Klient*innen über den
Datenschutz und die Rechte betroffener Personen zu
informieren. Die Familienhilfe Nord wird sodann auf
der Basis, welche mit dem ASD vereinbart wurde,
tätig und erfüllen die gesetzlich bewilligte Leistung
nach SGB VIII §§ 27 bis 35. Hierfür ist die
Familienhilfe Nord auf Grundlage der Erfüllung einer
gesetzlichen Vorschrift und der damit verbundenen
Erlaubnis, Art. 6 Abs. 1 lit. c) DS-GVO i.V.m. Art. 6
Abs. 1 lit. e) DS-GVO, zur Speicherung und
Verarbeitung der notwendigen personenbezogenen
Daten der Klient*innen berechtigt. Es bedarf hierbei
keiner weiteren Einwilligung oder vertraglichen
Grundlage zwischen den Klient*innen und der
Familienhilfe Nord.

Auf der Grundlage von Erwägungsgrund 62 zu Art.
13 DS-GVO besteht eine weitere Informationspflicht
dann nicht, wenn die betroffenen Personen die für
eine transparente Speicherung und Verarbeitung
personenbezogener Daten sowie die Ausübung der
zustehenden Rechte notwendigen Informationen
bereits besitzt oder die Speicherung und
Verarbeitung ausdrücklich in Rechtsvorschriften
geregelt ist. Dieses ist im Verfahren mit dem ASD
und der gesetzlich verankerten Leistung der Fall, so
dass die Familienhilfe Nord hier keine Pflicht trifft ihre
Datenschutzinformationen zusätzlich zu denen des
ASD auszuhändigen.

**Besonderer Schutz von personenbezogenen
Daten Jugendlicher in Bezug auf Dienste der
Informationsgesellschaft:**

Der Gesetzgeber hat vorgesehen, dass
personenbezogene Daten von Personen unter 16
Jahren in der Verarbeitung mit Diensten der
Informationsgesellschaft besonders schutzbedürftig
sind und dieses in Art. 8 und an anderen Stellen der
DS-GVO zum Ausdruck gebracht.

Grundsätzlich erheben und verarbeiten wir auf
unseren Webseiten keine personenbezogenen
Daten, somit auch keine von Jugendlichen unter 16
Jahren. Wir verwenden auch keine Anwendungen
Dritter in unseren Webseiten, die so etwas tun
könnten, noch laden wir auf Webseiten überhaupt
Inhalte von dritten Servern. Insbesondere nutzen wir
keine Tracking-Cookies oder andere Technologien,

die ein Nutzerverhalten aufzeichnen und auch über Anwendungen und Geräte hinaus verfolgen könnten.

Wir betreuen und beraten auch Personen unter 16 Jahren. Wir speichern und verarbeiten hierbei die für die Leistungserbringung/Anfrage weiter unten genannten personenbezogenen Daten, die zur Durchführung unserer Leistungen und im Zusammenwirken mit Sozialträgern notwendig sind. Das gilt auch für den Fall, wo unsere Klient*innen Eltern oder Erziehungsberechtigte von Kindern/Jugendlichen unter 16 Jahren sind und wir zur Erbringung unserer Sozialleistungen Informationen über deren Kinder/Jugendliche speichern und verarbeiten müssen. Die Verarbeitung solcher personenbezogenen Daten erfolgt regelmäßig auch auf digitalem Weg.

Wir haben für Daten von Kindern/Jugendlichen unter 16 Jahren besondere technische und organisatorische Maßnahmen getroffen, um eine besonders sichere Verarbeitung zu gewährleisten.

Zweck, Rechtsgrundlagen und Dauer der Speicherung personenbezogener Daten:

Wir erheben und verarbeiten Ihre Daten auf Grundlage der durch den ASD oder anderen Ämtern bewilligten Hilfen, des mit uns geschlossenen Sozialberatungs- oder Dienstleistungsvertrags bzw. der getroffenen Vereinbarungen für die Erbringung, Kontrolle und Abrechnung von Sozial(beratungs)- und Hilfeleistungen. Wir verarbeiten Ihre Daten zu keinem anderen Zweck als den hierfür jeweils bestimmten Zweck der Beauftragung. Insbesondere übertragen wir Ihre Daten keinen unbefugten dritten Personen.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten aus dem mit Ihnen geschlossenen Vertrag oder der getroffenen Vereinbarung ist Art. 6 Abs. 1 lit. b.) DS-GVO. Hiernach ist es uns erlaubt alle unmittelbar für die Durchführung der vereinbarten Leistungen notwendigen personenbezogenen Daten von Ihnen zu erheben und zu verarbeiten. Soweit wir auf gesetzlicher Grundlage einer Bewilligung von Leistungen durch den ASD oder anderen Ämtern tätig werden, ist die Rechtsgrundlage Art. 6 Abs. 1 lit. c) i.V.m. Art. 6 Abs. 1 lit. e) DS-GVO.

Wir erstellen in bestimmten Fällen aus den uns übermittelten personenbezogenen Daten Einschätzungen zu Ihrer Person zu Zwecken der Leistungserbringung. Eine Analyse und Feststellung Ihrer Lebenssituation und Historie ist, sofern entsprechende Leistungen vereinbart sind oder bewilligt wurden, in verschiedenen Umfang erforderlich und elementarer Bestandteil unserer

Leistung. Dabei werden auch besonders schutzwürdige personenbezogene Daten, wie Gesundheitsdaten oder strafrechtliche Daten erfasst. Sofern letzteres der Fall ist, ist auch Art. 9 Abs. 2 lit. g) DS-GVO Rechtsgrundlage in Verbindung mit Art. 6 Abs 1 lit. c) und e) DS-GVO.

Sofern wir Einschätzungen zu einer natürlichen Person vornehmen, erfolgt dieses unter Anlehnung an §73 BDSG und wir trennen Einschätzungen strikt von Tatsachenmerkmalen. Im weiteren nehmen wir Einschätzungen zur Erstellung von Gutachten oder Stellungnahmen für dritte Empfänger nur durch hierfür besonders qualifizierte und berechtigte Mitarbeiter*innen im Vieraugenprinzip vor. Derartige Einschätzungen erfolgen ferner unter Einhaltung eines hierfür festgelegten Abwägungsprozesses.

Wir tätigen keine Einschätzungen im Sinne von automatisierter Profilbildung nach Art. 22 DS-GVO i.V.m. Art. 4 Abs. 4 DS-GVO.

Wir sind nach dem SGB verpflichtet, bestimmte Daten von Ihnen zu dokumentieren oder an Sozialträger zu übermitteln. Insofern sind wir gesetzlich von einer Schweigepflicht befreit und zur Speicherung und Verarbeitung, einschließlich der Weitergabe an berechtigte Dritte, auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c) oder e), ggf. auch i.V.m. Art. 9 Abs. 2 lit g) DS-GVO berechtigt. Sofern uns Daten zu Ihrer Person von Sozialträgern übermittelt werden, unterliegen diese ebenso dem Datenschutz und diesen Bestimmungen. Ferner sind unsere Mitarbeiter*innen zusätzlich auf die Einhaltung der Bestimmungen aus SGB X §78 i.V. mit SGB I §35, dem sogenannten Sozialdatenschutz, verpflichtet. Sofern wir als staatlich anerkannte Sozialberatung tätig werden, sind unsere Mitarbeiter*innen darüber hinaus Geheimnisträger im Sinne des §203 StGB und hierdurch besonders zur Geheimhaltung verpflichtet.

Wir erheben im Einzelfall personenbezogene Daten über die vorab genannten Daten hinaus, wenn dieses für die Durchführung der Leistungen erforderlich ist oder gesonderte Umstände es erforderlich machen. Eine derartige Sammlung und Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt entweder auf Grundlage einer freiwilligen ausdrücklichen Einwilligung durch Sie, im Sinne des Art. 6 Abs. 1. lit. a), ggf. i.V.m. Art 9 Abs. 2 lit a) DS-GVO, aufgrund eines berechtigten Interesses gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DS-GVO, aufgrund des Schutzes Ihrer lebenswichtigen Interessen nach Art. 6 Abs. 1 lit. d), ggf. i.V.m. Art 9 Abs. 2 lit c) DS-GVO oder auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c.) ggf. i.V.m. Art. 9 Abs. 2 lit. f) oder g) DS-GVO, wenn ein öffentliches Interesse oder gesetzliche Pflichten zu wahren sind.



Dieses heißt im Detail, wobei die nachstehende Aufstellung nur als Aufstellung aller möglichen, aber keinesfalls tatsächlich erhobenen Daten jedes Einzelfalls zu sehen ist:

Wir erheben im Zusammenhang mit Ihnen allgemeine personenbezogene Daten:

- Namens, Adress- und Kontaktdaten
- Geburtsdaten
- Notwendige Informationen zur Gewünschten oder bewilligten Leistungserbringung
- Erbrachte Leistungen

Wir erheben im Zusammenhang mit Ihnen sensible und besonders schutzwürdige personenbezogene Daten zur Erbringung unserer Leistungen:

- Wir speichern und verarbeiten zur Erbringung unserer Leistungen Gesundheitsdaten von Ihnen. In diesem Sinne auch Daten zu erbrachten Sozialleistungen, Hilfs- und Beratungsleistungen, die Rückschlüsse auf Gesundheitsdaten geben könnten. Ferner Daten zu Medikamenten, Suchtmitteln etc., welche Sie einnehmen, sowie Daten zu Ihren Ärzten, Therapeuten etc.
- Wir erheben und verarbeiten von Ihnen regelmäßig auch biografische Daten (Geburtsort, Lebenslauf, Ausbildung und Arbeitstätigkeiten sowie frühere Wohnorte etc.).
- Wir erheben und verarbeiten von Ihnen Daten aus Ihrer Sozialsphäre, Privatsphäre und ggf. auch Intimsphäre, die Sie uns entweder mitteilen oder wir durch Augenschein bei Ihnen zur Kenntnis erhalten.
- Wir verarbeiten auch Daten zu strafrechtlichen Verurteilungen, Ermittlungsverfahren, sonstigen Gerichtsverfahren, erfolgten Verurteilungen, Gefängnisaufhalten oder Daten vergleichbarer Art, die unter den Art. 10 DS-GVO fallen.
- Wir ergreifen im Falle eines medizinischen Notfalls Ihrerseits, sofern keine anderen Absprachen bestehen, die der Situation angemessenen und notwendigen Mittel. Zu diesem Zweck verarbeiten wir auch, sofern erforderlich, besonders schutzwürdige personenbezogene Daten.

Wir sind gesetzlich, nach dem SGB, verpflichtet über unsere Klient*innen eine Sozialdokumentation zu führen, wenn Sie Leistungen der Hilfe zur Erziehung in Anspruch nehmen. Diese Dokumentation beinhaltet alle über Sie gespeicherten Daten, insbesondere auch sensible und besonders schutzwürdige Daten. Wir trennen dabei Tatsachenerhebungen strikt von Einschätzungen. Die Sozialdokumentationen werden digital geführt. Sie werden durch entsprechende technische und organisatorische Maßnahmen besonders sicher

verwahrt. Insbesondere unter Einsatz von Verschlüsselung.

In seltenen Fällen werden wir beauftragt Gutachten oder Beurteilungen in Sorgerechtsstreitigkeiten oder sonstigen Streitfällen im Rahmen der Erziehung und des Kindeswohls, in der Regel durch ein Familiengericht angeordnet, zu erstellen. Über derartige Gutachten, deren Umfang, deren Ziele und Fragestellungen sind Sie durch die anordnenden Stellen ausdrücklich und detailliert informiert. Wir speichern und verarbeiten in diesem Fall die für die Erstellung des Gutachtens erforderlichen personenbezogenen Daten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit e) i.V.m. Art. 9 Abs 2 lit. g) DS-GVO. Da Sie alle Informationen zur Erstellung des Gutachtens und die Tatsache, dass zu diesem Zweck Ihre Daten verarbeitet und gespeichert werden kennen, ist eine ausdrückliche vorherige Information hierüber an Sie im Sinne der Art. 13 oder 14 DS-GVO nicht erforderlich und unterbleibt. In die Erstellung solcher Gutachten fließen auch Einschätzungen unsererseits ein. Ein solches Gutachten unterliegt, soweit es sich um Einschätzungen handelt, nicht dem Recht auf Richtigkeit im Sinne des Datenschutzes nach Art. 16 DS-GVO. Gutachten werden nur durch hierfür besonders ausgebildete und qualifizierte Mitarbeiter*innen nach strengen Qualitätsstandards erstellt und unterliegen dem Vier-Augen-Prinzip.

Wir bieten auch „freie Beratungen“ an. Im Rahmen dieser Hilfen wenden Sie sich mit Ihren Anliegen freiwillig an uns. Grundsätzlich speichern und verarbeiten wir hierbei zu Dokumentations- und Nachweiszwecken nur Namens-, Adress- und Kontaktdaten. Wir legen in diesen Fällen keine Akten an noch tätigen wir eine Sozialdokumentation. Ggf. bitten Sie uns in der freien Beratungsterminen für Sie bestimmte Kontakte herzustellen oder Termine zu machen. Hierfür verarbeiten wir sodann die zur Vornahme der von Ihnen ausdrücklich gewünschten Handlung erforderlichen personenbezogenen Daten. Dieses erfolgt auf der Grundlage ihrer in dem Beratungstermin durch konkludentes Verhalten hierfür abgegeben Einwilligung gem. Art 6 Abs. 1 lit a), in seltenen Ausnahmen i.V.m. Art 9 Abs. 2 lit a).

Unter Umständen stellen wir im Zusammenhang mit unserer Tätigkeit gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung fest. Unsere Pflichten und der Umgang mit einer möglichen Kindeswohlgefährdung sind im KKG (Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz) geregelt. Soweit die dort genannten Voraussetzungen des §4 KKG vorliegen, sind wir verpflichtet Ihre Daten an das hierfür zuständige Jugendamt zu übermitteln. Soweit die Sachlage nicht eindeutig ist, ist es uns auf Grundlage des §8 SGB VIII erlaubt, Ihre Daten pseudonymisiert an eine hierfür beim



Jugendamt speziell eingerichtete Stelle zu übermitteln, um eine Einschätzung in der Sache zu erhalten. Rechtsgrundlage der Speicherung und Verarbeitung ist Art 6 Abs. 1 lit. c) i.V.m. Art. 9 Abs. 2 lit. g) und §4 KKG. Sofern wir eine Kindeswohlgefährdung an ein Jugendamt melden, werden die hiervon betroffenen Personen rechtzeitig vor der Meldung informiert. Eine solche Information kann unterbleiben, wenn diese eine zusätzliche Gefahr für das bereits im Wohl gefährdete Kind/Jugendliche(r) darstellt.

In Ausnahmefällen erbringen wir Leistungen der Psychosozialen Assistenz nach dem SGB IX für Personen, welche nicht mehr junge Erwachsene im Sinne des SGB VIII sind. Auch in diesem Fall gilt dieses Datenschutz-Informationsblatt, soweit im Einzelfall inhaltlich zutreffend, vollumfänglich.

Sofern wir von Ihnen Daten verarbeiten, die unter die Art. 9 und 10 DS-GVO fallen oder aus einem sonstigen Grund einen besonderen Schutzbedarf haben, geschieht dieses nur auf der Grundlage von besonderen technischen und organisatorischen Maßnahmen, die die rechtmäßige Speicherung und Verarbeitung und ggf. auch Weiterübertragung dieser Daten sicherstellen.

Sollte in Einzelfällen eine Sammlung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Grundlage eines berechtigten Interesses durch uns erfolgen, tätigen wir dieses nur nach einer Abwägung Ihrer berechtigten Schutzinteressen, die unsere Interessen nicht übersteigen dürfen, und unter Konsultation unseres Datenschutzbeauftragten. In diesem Fall wird Ihnen die Interessenabwägung in angemessenem Umfang dargelegt. Grundsätzlich werden auf der Grundlage eines berechtigten Interesses keine sensiblen oder besonders schutzwürdigen Daten verarbeitet.

Sofern Sie mit uns in Kontakt getreten sind, um zukünftig unsere Leistungen in Anspruch zu nehmen oder Geschäftspartner zu werden, speichern und verarbeiten wir Ihre Kontaktdaten (Namen, Adressen, Telefonnummern, E-Mail), um Ihre Anfrage bei uns bearbeiten zu können und um mit Ihnen zu kommunizieren. Darüber hinaus speichern und erheben wir ggf. weitere Daten, die Sie uns mit der Anfrage freiwillig übermittelt haben (z.B. gesundheitliche/soziale Informationen zu Ihrer Situation, Art Ihres Anliegens und Bedarfs etc.), um Ihnen ein Angebot machen zu können. Wir speichern und verarbeiten diese Daten nur zu diesem Zweck und nur so lange, wie der Zweck fortbesteht. Gehen die Verhandlungen nicht in einen Vertrag über, werden Ihre Daten gelöscht, nachdem der Abschluss eines Vertrags nicht mehr zu erwarten ist und weitere Pflichten zur Aufbewahrung nicht bestehen.

Sofern Sie uns im Rahmen der Erbringung von Leistungen als Angehöriger oder Bevollmächtigter im unserer Klient*innen genannt werden, speichern und verarbeiten wir Ihre Kontaktdaten zu dem im Vertrag benannten Zweck. Sofern zu Ihren Gunsten eine Vollmacht seitens unserer Klient*innen erteilt wurde, speichern und verarbeiten wir auch diese Daten nach Art und Umfang des Inhalts der Vollmacht. Wir kennen zwei Fälle:

- a) Sie sind als Kontaktperson/Bevollmächtigter bei Abschluss des Vertrags oder der Bewilligung selbst mit anwesend. In diesem Fall händigen wir Ihnen unsere Datenschutzinformationen auf Wunsch aus, und Sie erlangen sowohl Kenntnis über die Speicherung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, als dass Sie in den Sachverhalt auch durch Ihr schlüssiges Verhalten einwilligen.
- b) Sie sind als Kontaktperson/Bevollmächtigter bei Abschluss des Vertrags oder der Bewilligung mit unserem Klienten nicht anwesend. In diesem Fall übersenden wir Ihnen schriftlich eine Information nach Art. 14 DS-GVO und informieren Sie darüber, dass Sie benannt wurden. Dazu erhalten Sie unsere Datenschutzinformationen oder die Möglichkeit sich hierüber in angemessener Weise zu informieren. In bestimmten Fällen verzichten wir auf eine Information nach Art. 14 DS-GVO, wenn wir aus der Gesamtsituation heraus und den uns bekannten Umständen mit einer hinreichenden Sicherheit davon ausgehen können, dass Sie Kenntnis darüber besitzen uns als Bevollmächtigter genannt zu sein und dem auch zugestimmt haben.

Wir bewahren personenbezogene Daten nur so lange auf, wie der Zweck der Verarbeitung vorliegt. Hiernach werden Ihre Daten unwiederbringlich gelöscht. Sofern gesetzliche Bestimmungen uns zu einer Aufbewahrung Ihrer Daten darüber hinaus verpflichten, werden Ihre Daten archiviert. Derartige Daten sind in der Verarbeitung eingeschränkt und bestehen nur zum Zwecke des Einhaltens der Aufbewahrungsfristen fort. Sie werden nur verarbeitet, soweit es aufgrund gesetzlicher Bestimmungen zu einer diesbezüglichen Anfrage, zum Beispiel bei einer Prüfung des ASD, kommt.

Bei der Sammlung und Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten verfahren wir streng nach dem Prinzip der Datensparsamkeit und der minimalen Verwendung. Dieses Prinzip ist auch Grundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch unsere Mitarbeiter*innen. Mitarbeiter*innen erhalten nur auf Grundlage des Minimalprinzips die für die Erbringung der jeweiligen Leistung notwendigen personenbezogenen Daten übermittelt.

Auf dem Prinzip der Datensparsamkeit übermitteln wir auch nur personenbezogene Daten an Dritte, wenn wir hierfür berechtigt oder verpflichtet sind. Es folgt eine detaillierte Aufstellung möglicher berechtigter Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten:

- Von Ihnen im oder außerhalb des Vertrags mit uns schriftlich benannte Bevollmächtigte oder Kontaktpersonen
- Behandelnde Ärzte, Therapeuten etc.
- Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen
- Rettungsdienste und Notärzte
- Sonstige Dienstleister, wie Hausnotruf-Anbieter, Heilpraktiker etc., wenn mit Ihnen vereinbart
- Abrechnungsstellen etc.
- Sozialhilfeträger oder Beihilfestellen
- Prüfdienste der Sozialträger
- Gesundheitsamt oder andere Behörden
- Jugendämter / ASD
- Gerichte
- Sonstige staatliche Stellen

Bei der vorstehenden Aufstellung von Empfängern handelt es sich um eine generelle Liste aller möglichen, aber nicht unbedingt tatsächlichen Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten. Ob eine Übertragung an einen dieser Empfänger im Einzelfall tatsächlich erfolgt und mit welchem Umfang an Daten basiert auf der mit Ihnen getroffenen Vereinbarungen über den Umfang unserer Leistungen und die im individuellen Fall vorliegenden Genehmigungen, Bewilligungen und gesetzlichen Bestimmungen.

Wir bewahren personenbezogene Daten, die Aufbewahrungspflichtig sind, nach den bestehenden Vorschriften aus dem SGB, § 630f BGB oder nach Vorschriften des Handelsgesetzbuches und der Abgabenordnung auf. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs.1 lit. c.) DS-GVO. Hiernach sind bestimmte Daten bis zu 10 Jahren aufzubewahren. Im Einzelnen:

- Geschäfts- und Handelsbriefe 6 Jahre
- Buchungsunterlagen 6 Jahre
- Jahresabschlussrelevante Unterlagen 10 Jahre
- Abrechnungsunterlagen 10 Jahre
- Sozialdokumentationen mindestens 5 Jahre

Ferner kann, auf Grundlage der §§ 195ff BGB, zu Zwecken der Erhaltung gesetzlicher Beweismittel, im Rahmen gesetzlicher Verjährungsfristen in Rechtsstreitigkeiten, eine Aufbewahrungsfrist von bis zu 30 Jahren möglich sein. Wenn wir auf dieser Grundlage personenbezogene Daten über den eigentlichen Zeitraum der verpflichtenden Aufbewahrung aufbewahren, erfolgt dieses auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit f.) DS-GVO.

Der Gesetzgeber hat die Rechte der Opfer aus Missbrauchsfällen vor einer Verjährung durch §78 StGB und §208 BGB besonders geschützt. Zur Umsetzung dieser Schutzmaßnahmen und zur Gewährleistung des Informationserhalts in solchen Fällen, haben wir ein gesondertes Verfahren eingeführt. Sozialdokumentationen, welche Missbrauchsfälle beinhalten, werden gesondert gekennzeichnet und bis zum 61. Lebensjahr der betroffenen Person aufbewahrt.

Die Aufbewahrungsfristen für Sozialdokumentationen verstehen sich als mindestens 5 Jahre ab Beendigung der vereinbarten oder bewilligten Leistungen. Eine Aufbewahrung über 5 Jahre hinaus erfolgt nur, wenn ein Zweck hierfür vorliegt. Wir weisen darauf hin, dass die Jugendämter (ASD) eigene Aktenordnungen haben können, in welchen die Aufbewahrungsrichtlinien abweichend von unseren und den Bestimmungen des SGB geregelt sind, wodurch dorthin übermittelte Daten von Ihnen einer längeren Aufbewahrung unterliegen können. Wenden Sie sich bei Fragen hierzu bitte an Ihr zuständiges Jugendamt (ASD).

Personenbezogene Daten, für die keine Aufbewahrungspflichten, kein Zweck der Verarbeitung und kein berechtigtes oder öffentliches Interesse mehr bestehen, werden unwiderruflich gelöscht. Sofern Sie zu einzelnen personenbezogenen Daten rechtswirksam ein Ihnen zustehendes Recht gegenüber uns ausüben, zum Beispiel die Löschung bestimmter Daten verlangen, erfolgt diese Löschung unmittelbar und unwiderruflich mit Ausübung Ihres Rechts.

Zu Zwecken der Werbung und Außendarstellung betreiben wir eine Webseite im Internet:

www.familienhilfe-nord.de

Für die vorgenannte Webseite gelten zusätzlich und vorrangig die Datenschutzbestimmungen, die auf der jeweiligen Seite ausgeführt sind. Sie können unsere Webseite besuchen, ohne dass von Ihnen personenbezogene Daten erhoben oder an dritte Server übertragen werden.

Zu Kontaktzwecken speichern und verarbeiten wir unter Umständen Ihre privaten/geschäftlichen E-Mailadressen. Dieses erfolgt nur nach einer ausdrücklichen freiwilligen Einwilligung durch Sie. Dabei sehen wir diese Einwilligung auch dann, im Sinne eines schlüssigen Verhaltens, als erteilt an, wenn uns von Ihnen E-Mailadressen zur Kontaktaufnahme oder zu bestimmten Zwecken übermittelt werden und Ihr Wunsch einer Kommunikation per E-Mail deutlich erkennbar ist. Wir speichern und nutzen Ihre privaten/geschäftlichen E-



Mailadressen nur für den Zweck, für den uns diese übermittelt wurden. E-Mailadressen veröffentlichen oder übertragen wir grundsätzlich nicht. Sofern in bestimmten Fällen eine Veröffentlichung oder Übertragung erfolgt, geschieht diesen nur nach einer freiwilligen informierten Einwilligung durch Sie. In Hinblick auf mögliche Risiken im E-Mailverkehr oder der Veröffentlichung von E-Mails bitten wir um Kenntnisnahme der Anlage 2 „Risiken im E-Mailverkehr“ zu diesem Informationsblatt.

Wir verarbeiten E-Mailadressen in Massenemails oder dem Versand an mehrere Personen grundsätzlich nicht in der Form, dass E-Mailadressen eines Empfängers anderen Empfängern offengelegt werden. Hiervon machen wir Ausnahmen, wenn einer Gruppe von Empfängern die E-Mailadressen aller anderen Empfänger bereits bekannt sind oder davon auszugehen ist, dass für den Zweck dieser Kommunikation eine Offenlegung der E-Mailadressen innerhalb einer Gruppe eindeutig von allen beteiligten Empfängern gewollt ist. Im letzteren Sinne also auf der Rechtsgrundlage, dass durch den schlüssigen Ausdruck der Empfänger im Gesamtsachverhalt eine Einwilligung hierfür deutlich herzuleiten ist.

Der Empfang wie Versand von E-Mails erfolgt bei uns durch eine per SSL verschlüsselte Verbindung. Wir nutzen keine Techniken, welche eine Weiterverfolgung verschickter E-Mails durch Trackingmethoden ermöglichen. Wir versenden auch keine E-Mails, die Daten aus dritten unsicheren Quellen laden.

In besonderen Fällen veröffentlichen wir von Klient*innen Namen, Bildaufnahmen (Fotos und Videos) oder weitere Informationen in der Presse (online wie offline), auf unseren Webseiten, auf Social Media-Portalen oder an sonstigen Orten im Internet. Wir tun dieses nur nach Ihrer ausdrücklichen, informierten und freiwilligen Einwilligung. Bei jeder Veröffentlichung unter der erteilten Einwilligung werden Sie separat über Art und Umfang der Veröffentlichung in Kenntnis gesetzt. Zu einer informierten und freiwilligen Einwilligung gehört eine angemessene Belehrung über mögliche Risiken im Zusammenhang mit einer solchen Veröffentlichung. Bitte nehmen Sie hierfür die Anlage 1 „Risiken in Zusammenhang mit der Veröffentlichung personenbezogener Daten im Internet“ zu diesem Informationsblatt zur Kenntnis.

Die Ihnen zustehenden Rechte:

Sie haben nach Art. 15 DS-GVO in Verbindung mit § 34 BDSG das Recht von uns eine Auskunft über Ihre bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten und der in Art. 15 DS-GVO näher bestimmten

Informationen zu erhalten. Sie können dieses Recht durch formlose schriftliche oder (fern)mündliche Aufforderung an uns ausüben. Die Auskunft kann dahingehend beschränkt werden, dass Daten, welche die freiheitlichen Grundrechte dritter Personen betreffen, nicht übermittelt werden. Die Beantwortung der Auskunft erfolgt ggf. in elektronischer Form.

Ihr Auskunftsrecht erstreckt sich, im Falle der Sammlung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten auf Grundlage eines berechtigten oder öffentlichen Interesses, auch darauf, die Abwägung zwischen unseren Interessen und Ihren Schutzrechten in ausführlicher Darlegung zu verlangen, unabhängig davon, ob diese Ausführungen Ihnen bereits vorherig schon übermittelt wurden.

Nach Art. 16 DS-GVO haben Sie das Recht unrichtige personenbezogene Daten zu Ihrer Person korrigieren zu lassen und unvollständige personenbezogene Daten vervollständigen zu lassen.

Nach Art. 17 DS-GVO in Verbindung mit § 35 BDSG haben Sie das Recht auf Löschung Ihrer Daten. Dieses Recht besteht jedoch nur beschränkt und vorrangig für an uns freiwillig übermittelte Daten. Sie können eine Löschung von personenbezogenen Daten, die auf Grundlage einer gesetzlichen Verpflichtung oder zur Durchführung der mit Ihnen geschlossenen Verträge gesammelt und verarbeitet wurden nicht verlangen. Die weiteren Voraussetzungen zur Ausübung und Einschränkungen dieses Rechts finden Sie im Art. 17 DS-GVO.

Sofern wir von Ihnen personenbezogene Daten auf Grundlage Ihrer freiwilligen Einwilligung speichern und verarbeiten, können Sie diese Einwilligung jederzeit widerrufen. Der Widerruf kann auch teilweise oder für bestimmte Verarbeitungszwecke begrenzt erfolgen. Der Widerruf einer Einwilligung stellt keine Ausübung des Rechts auf Löschung nach Art. 17 DS-GVO dar. Sofern Sie mit dem Widerspruch auch die Löschung von Daten verlangen wollen, müssen Sie diese separat erklären. Eine solche Erklärung kann zusammen mit der Ausübung des Widerspruchs erfolgen.

Nach Art. 18 DS-GVO haben Sie das Recht die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, wenn eine der hierfür im Art. 18 DS-GVO bestimmten Voraussetzungen vorliegt. Eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten ist uns sodann weiterhin erlaubt, obliegt aber engen Beschränkungen in der Verarbeitung, die sich aus der Art der Sachumstände ergeben.



Nach Art. 20 DS-GVO können Sie die Übertragung Ihrer Daten an eine dritte verantwortliche Stelle verlangen. Hierzu können wir Ihnen Ihre Daten in einer gängigen strukturierten digitalen Form zur Verfügung stellen oder, gemäß Ihrem Auftrag, direkt an eine dritte Partei übermitteln. Eine andere Form der Übertragung, sofern es uns technisch möglich ist, wäre im individuellen Fall zu besprechen. Art. 20 DS-GVO enthält weitere Regelungen zu Art und Umfang Ihrer diesbezüglichen Rechte und unserer Pflichten. Nach Art. 21 DS-GVO haben Sie das Recht Widerspruch ausüben, wenn wir Ihre personenbezogenen Daten nach Art. 6 Abs. 1. lit e.) oder f.), sprich auf Grundlage eines berechtigten eigenen oder öffentlichen Interesses, verarbeiten. Sofern wir keine zwingenden Gründe, welche Ihre schutzbedürftigen Rechte überwiegen, zum Beispiel die Ausübung oder Abwehr von Rechtsansprüchen, hiergegen anführen können, werden wir die Erhebung und Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten umgehend einstellen. Sofern Sie weitere Rechte ausüben, zum Beispiel das Recht auf Löschung, werden wir diese Löschung umgehend vornehmen.

Soweit nicht nach Art. 12 Abs. 5 Satz 2 DS-GVO bestehende Umstände vorliegen, ist die Ausübung Ihrer Rechte für Sie kostenlos. Umstände im Sinne des Art. 12 DS-GVO wären offenkundig unbegründete oder, insbesondere im Fall von häufiger Wiederholung, exzessive Anträge einer betroffenen Person. In diesem Fall kann der Verantwortliche entweder ein angemessenes Entgelt verlangen, bei dem die Verwaltungskosten für die Unterrichtung, die Mitteilung oder die Durchführung der beantragten Maßnahme berücksichtigt werden, oder sich weigern, aufgrund des Antrags tätig zu werden.

Als betroffene Person haben Sie ferner, nach Art 77 DS-GVO i.V.m. § 19 BDSG, unbeschadet weiterer und anderer, auch gerichtlicher Rechtsmittel, das Recht auf Beschwerde bei einer zuständigen Datenschutz-Aufsichtsbehörde, wenn Sie einen Verstoß gegen den Datenschutz bei uns vermuten.

Unabhängiges Landeszentrum für
Datenschutz Schleswig-Holstein
Holstenstraße 98, 24103 Kiel
Tel.: 0431 / 988 1200
Fax: 0431 / 988 1223
E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de
Website: www.datenschutzzentrum.de

Sofern Sie einen Datenschutzverstoß, der mit uns in einem Zusammenhang steht, feststellen, ohne dass Sie selbst persönlich Betroffener hierbei sind, können Sie diesen Verstoß zur Bearbeitung von Amts wegen an die zuständige Aufsichtsbehörde melden.

Auf Grundlage des SGB VIII und der vertraglichen Vereinbarungen haben Sie das Recht den mit uns geschlossenen Vertrag zu kündigen oder die bewilligten Hilfen zur Erziehung jederzeit zu beenden. Dieses schließt auch eine Teilkündigung oder Veränderung der Leistung ein. Machen Sie von diesem Recht Gebrauch, so verändern sich ggf. auch Bedingungen in der Art der Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Eine Kündigung oder Veränderung Ihres Vertrags oder Ihrer Bewilligung ist unabhängig Ihrer vorgenannten Datenschutzrechte. Ferner übt eine Kündigung oder Veränderung Ihres Vertrags oder Ihrer Bewilligung nicht selbständig eines der Ihnen zustehenden Datenschutzrechte aus. Sofern Sie neben einer Kündigung oder Veränderung des Vertrages oder der Bewilligung auch Ihnen zustehende Datenschutzrechte ausüben möchten, müssen Sie dieses zusätzlich und ausdrücklich tun. Kündigungsmöglichkeiten und deren Fristen und Bedingungen sind ferner oftmals Einzelfallabhängig. Bitte sprechen Sie bei Fragen hierzu Ihre zuständige Sozialberater*in oder Ihre Ansprechpartner*in im Jugendamt (ASD) direkt an.

Beschränkungen im Informations- und Auskunftsrecht betroffener Personen in der Jugend- und Familienhilfe:

Der Gesetzgeber hat mit Art. 23 DS-GVO den einzelnen EU-Staaten die Möglichkeit gegeben, im nationalen Recht Beschränkungen der Informations- als auch der Auskunftspflichten festzulegen, was im deutschen Recht u.a. durch den § 29 BDSG rechtswirksam erfolgt ist. Die DS-GVO ist insofern nicht als absolut zu betrachten.

Die Jugend- und Familienhilfe erhebt und speichert besonders schutzwürdige personenbezogene Daten des höchstpersönlichen Lebensbereichs privater Personen. Diese unterliegen zahlreichen gesonderten Regelungen. Die Mitarbeiter*innen staatlich anerkannter Sozialberatungen sind Berufsgeheimnisträger im Sinne des §203 StGB. Darüber hinaus gilt auch der Sozialdatenschutz, der mit § 65 SGB VIII die in der Jugend- und Familienhilfe erhobenen Daten besonders vor Übertragung schützt.

In der Praxis bedeutet dieses, dass eine Vielzahl von personenbezogenen Daten betroffener Personen bei dritten Personen erhoben oder von solchen mitgeteilt werden. Grundsätzlich sind personenbezogene Daten, die aus dritten Quellen erhoben werden, nach Art. 14 den betroffenen Personen mitzuteilen. Diese Pflicht besteht für Jugend- und Familienhilfen nicht. Es gilt ein Ausnahmetatbestand auf der Rechtsgrundlage von Art. 14 Abs. 5 lit. c) DS-GVO i.V.m. § 29 BDSG und § 65 SGB VIII sowie Art 14



Abs. 5 lit. d) DS-GVO i.V.m. § 203 StGB. Informationen nach Art. 14 werden daher regelmäßig nicht vorgenommen, es sei denn, dass eine Person, die diese dritten Daten beigebracht hat, hierfür eine ausdrückliche Einwilligung erteilt hat oder ein überwältigendes Interesse der betroffenen Person vorliegt.

Ebenso ist auch das Auskunftsrecht nach Art. 15 DS-GVO auf derartige Daten beschränkt, die lediglich bei der betroffenen Person selbst erhoben wurden und keine Einschätzungen darstellen. Diese Einschränkung besteht nicht, wenn personenbezogene Informationen öffentlich oder allen Beteiligten bekannt gemacht wurden. Rechtsgrundlage für diesen Ausnahmetatbestand ist hier Art. 15 Abs. 4 DS-GVO i.V.m. § 29 BDSG und § 65 SGB VIII sowie § 203 StGB.

Ebenso werden in der Jugend- und Familienhilfe Einschätzungen regelmäßig auf einer Sachgesamtlage getätigt, in welche auch Informationen aus dritten Quellen einfließen. In diesem Sinne betreffen Einschätzungen regelmäßig nicht nur die bei der betroffenen Person allein erhobenen Daten, sondern auch die aus dritten Quellen gewonnenen Informationen. Daher fallen solche Einschätzungen ebenso unter den § 65 SGB VIII und unterliegen keiner Herausgabepflicht.

Hierüberhinaus wird auf §29 Abs. 2 des BDSG hingewiesen, wonach Berufsgeheimnisträger von den Pflichten der Information nach Art. 13 DS-GVO Abs. 3 befreit sind. Dieses ist dann der Fall, wenn erlangte personenbezogene Daten zu einem anderen rechtmäßigen Zweck verarbeitet werden. Sollte dieses der Fall sein, steht Ihnen eine Mitteilung hierüber nicht zu, wenn Ihr Interesse an der Informationserteilung in einem Abwägungsprozess nicht überwiegt.

Beschränkungen im Informations- und Auskunftsrecht betroffener Personen in der Jugend- und Familienhilfe:

Der Gesetzgeber hat mit Art. 23 DS-GVO den einzelnen EU-Staaten die Möglichkeit gegeben, im nationalen Recht Beschränkungen der Informations- als auch der Auskunftspflichten festzulegen, was im deutschen Recht u.a. durch den § 29 BDSG rechtswirksam erfolgt ist. Die DS-GVO ist insofern nicht als absolut zu betrachten.

Die Jugend- und Familienhilfe erhebt und speichert besonders schutzwürdige personenbezogene Daten des höchstpersönlichen Lebensbereichs privater Personen. Diese unterliegen zahlreichen gesonderten Regelungen. Die Mitarbeiter*innen

staatlich anerkannter Sozialberatungen sind Berufsgeheimnisträger im Sinne des § 203 StGB. Darüber hinaus gilt auch der Sozialdatenschutz, der mit § 65 SGB VIII die in der Jugend- und Familienhilfe erhobenen Daten besonders vor Übertragung schützt.

In der Praxis bedeutet dieses, dass eine Vielzahl von personenbezogenen Daten bei dritten Personen erhoben oder von solchen mitgeteilt werden. Grundsätzlich sind personenbezogene Daten, die aus dritten Quellen erhoben werden, nach Art. 14 DS-GVO den betroffenen Personen mitzuteilen. Diese Pflicht besteht für Jugend- und Familienhilfen nicht. Es gilt ein Ausnahmetatbestand auf der Rechtsgrundlage von Art. 14 Abs. 5 lit. c) DS-GVO i.V.m. § 29 BDSG und § 65 SGB VIII sowie Art 14 Abs. 5 lit. d) DS-GVO i.V.m. § 203 StGB. Informationen nach Art. 14 werden daher regelmäßig nicht vorgenommen, es sei denn, dass eine Person, die diese dritten Daten beigebracht hat, hierfür eine ausdrückliche Einwilligung erteilt hat oder ein überwältigendes Interesse der betroffenen Person vorliegt.

Ebenso ist auch das Auskunftsrecht nach Art. 15 DS-GVO auf derartige Daten beschränkt, die lediglich bei der betroffenen Person selbst erhoben wurden und keine Einschätzungen darstellen. Diese Einschränkung besteht nicht, wenn personenbezogene Informationen öffentlich oder allen Beteiligten bekannt gemacht wurden. Rechtsgrundlage für diesen Ausnahmetatbestand ist hier Art. 15 Abs. 4 DS-GVO i.V.m. § 29 BDSG und § 65 SGB VIII sowie § 203 StGB.

Ebenso werden in der Jugend- und Familienhilfe Einschätzungen regelmäßig auf einer Sachgesamtlage getätigt, in welche auch Informationen aus dritten Quellen einfließen. In diesem Sinne betreffen Einschätzungen regelmäßig nicht nur die bei der betroffenen Person allein erhobenen Daten, sondern auch die aus dritten Quellen gewonnenen Informationen. Daher fallen solche Einschätzungen ebenso unter den § 65 SGB VIII und unterliegen keiner Herausgabepflicht.

Hierüberhinaus wird auf § 29 Abs. 2 des BDSG hingewiesen, wonach Berufsgeheimnisträger von den Pflichten der Information nach Art. 13 DS-GVO Abs. 3 befreit sind, wenn erlangte personenbezogene Daten zu einem anderen rechtmäßigen Zweck verarbeitet werden. Sollte dieses der Fall sein, steht Ihnen eine Mitteilung hierüber nicht zu, wenn Ihr Interesse an der Informationserteilung in einem Abwägungsprozess nicht überwiegt oder gesetzliche Vorschriften ausdrücklich anderes verlangen.

Im Hinblick auf Einschätzungen, welche unsere Mitarbeiter*innen regelmäßig, auch in Form von Anmerkungen oder Handnotizen, in Akten tätigen, sieht der Datenschutz lediglich ein Recht vor, dass es betroffenen Personen angemessen ermöglichen muss, die Rechtmäßigkeit der Speicherung und Verarbeitung der eigenen Daten überprüfen zu können. Ausdrücklich besteht kein Recht der Überprüfung von Einschätzungen, Kommentaren und Anmerkungen auf die inhaltliche Richtigkeit, die im subjektiven Bereich des Verfassers liegt und von betroffenen Personen ggf. gänzlich anders beurteilt wird. Die Herausgabe derartiger Daten im Auskunftsverfahren kann nicht grundsätzlich verweigert werden, ist aber stark beschränkt. Im individuellen Einzelfall werden wir unter Abwägung der Rechte und Freiheiten der betroffenen Person mit den verfolgten Interessen der Jugend- und Familienhilfe und der Schutzrechte dritter Personen sowie gesetzlicher Verschwiegenheitspflichten und Bestimmungen prüfen, ob derartige Daten, ggf. in Teilen, herausgegeben werden können. Hierüber werden Sie im Auskunftsverfahren nach Art. 15 DSGVO, sofern der Sachverhalt zutreffend ist, informiert.

Technische und organisatorische Maßnahmen zu Ihrem Schutz:

In allen unseren Prozessen liegt uns die Sicherheit, die Verfügbarkeit und die Richtigkeit Ihrer personenbezogenen Daten am Herzen. Wir haben daher umfangreiche Maßnahmen getroffen, um dieses für Sie sicherzustellen. Gleichmaßen ist es unser Ziel, nicht mehr benötigte und nicht mehr aufbewahrungspflichtige personenbezogene Daten final zu löschen.

Zu jedem Prozess von Verarbeitungstätigkeiten personenbezogener Daten führen wir eine Risikoanalyse durch, in welcher wir die Schutzwürdigkeit unter Aspekten von Verlust, Verfälschung, unberechtigter Einsicht durch Dritte oder Veröffentlichung beurteilen. Für Ihre besonders schutzwürdigen Daten, die wir im Rahmen der Durchführung des mit Ihnen geschlossenen Vertrages oder der Bewilligung speichern und verarbeiten, gilt grundsätzlich ein hohes Schutzniveau.

Wir praktizieren in unserer Trägergruppe manuelle und automatisierte Verfahren, welche eine Löschung Ihrer nicht mehr benötigten und nicht mehr aufbewahrungspflichtigen Daten sicherstellen. Hiermit verwirklichen wir Ihr Recht auf „digitales Vergessenwerden“ und minimieren so Risiken, denn nicht mehr vorhandene Daten können auch nicht verloren werden. Die endgültige Löschung von

digitalen Daten oder Papierdokumenten erfolgt nach den hierfür vorgeschriebenen Vorschriften durch Schreddern gemäß DIN-Norm 66399.

Wir haben unsere Räumlichkeiten durch Sicherheitsschlösser/-maßnahmen sowie Zutrittsbeschränkungen und Zutrittskontrollen in angemessenem Maße gegen Diebstahl und Einbruch gesichert, wenn dieses aufgrund dort verwahrter personenbezogener Daten, digital oder analog, erforderlich ist.

Die von Ihnen bei uns gesammelten Daten, sofern diese in Papierform vorliegen, werden in verschlossenen und vor Feuer und Wasser geschützten Schränken sicher verwahrt. Wir sind bestrebt Papierdokumente zeitnah und vollständig zu digitalisieren, um so eine zusätzliche Sicherung gegen Verlust vorzuhalten. Sofern Papierunterlagen nach einer Digitalisierung nicht mehr erforderlich sind, vernichten wir diese durch ein zertifiziertes Aktenvernichtungsunternehmen oder durch Schreddern nach vorgeschriebener DIN-Norm 66399.

Sofern wir für die Vernichtung von personenbezogenen Daten, gleich ob digital oder in Papierform, dritte Unternehmen (Aktenvernichter) beauftragen, schließen wir mit diesen Unternehmen bei Auftragsvergabe grundsätzlich einen Auftragsverarbeitungsvertrag (AVV) ab.

Digital gespeicherte Daten werden nach dem allgemeinen Stand der Technik nur verschlüsselt aufbewahrt. Sofern eine Verarbeitung eine Übertragung der digitalen Daten an Mitarbeiter*innen oder andere berechnete Personen oder Institutionen erforderlich macht, erfolgt diese Übertragung ausschließlich verschlüsselt.

Wir protokollieren jede Veränderung an digitalen Daten unserer Klienten in einem Logfile. Ein solcher Logfile enthält mindestens Tag und Uhrzeit der Änderung, das Gerät, auf welches diese Änderung vorgenommen wurde, den Benutzer, der die Änderung getätigt hat, und Informationen zu Art und Umfang der Änderung. Derartige Logfiles werden automatisiert erstellt und sind nur Mitarbeiter*innen mit besonderen Berechtigungen zugänglich.

Wir haben EDV-Geräte zur Speicherung und Verarbeitung von Daten angeschafft, die in Ihrer Funktionalität und in Ihrem Umfang den Notwendigkeiten unseres Trägers Rechnung tragen. Die EDV-Ausstattung stellt sicher, dass unter rein technischen Aspekten Ihre Daten angemessen sicher und jederzeit verfügbar gespeichert werden. Dieses ist auch dann sichergestellt, wenn eine

maximale Belastbarkeit der EDV-Systeme praktiziert wird.

Wir schützen Ihre Daten gegen technische und vorsätzlich rechtswidrige Einwirkungen, sowie Fälle von Naturkatastrophen oder anderen Unfällen, einschließlich Feuer, durch die Anfertigung von Sicherungskopien. Hierbei erstellen wir interne sowie auch externe Sicherungskopien. Sicherungskopien werden nur in verschlüsselter Form erstellt. Sofern es sich um externe oder offline Sicherungen handelt, stellen wir sicher, dass die physischen Träger unter angemessenen Schutzvorkehrungen an sicheren Orten verwahrt werden.

Sofern wir für die Herstellung von Sicherungskopien, die Wartung unserer EDV-Anlagen oder die Wahrnehmung sonstiger IT-Dienstleistungen mit Zugriff auf unsere EDV-Systeme dritte Unternehmen beauftragen, dann erfolgt dieses nur, nachdem wir mit diesen Unternehmen einen Auftragsverarbeitungsvertrag (AVV) geschlossen haben.

Durch die in unserem Haus intern oder auch extern zuständigen Beauftragten für die Datensicherung wird ein Verfahren, unter Würdigung verschiedenster Szenarien, regelmäßig durchgespielt, welches die Wiedereinspielung von Sicherungskopien in unsere EDV-Systeme praktisch erprobt und sicherstellt. Somit sind wir in der Lage auch bei einer Zerstörung der EDV-Systeme den Geschäftsbetrieb aufrecht zu erhalten oder in kürzester Zeit wieder zu errichten.

Ferner haben wir zusätzliche Maßnahmen zur Sicherung der automatisierten Datenverarbeitung in unserem Unternehmen umgesetzt:

- Serverräume, soweit vorhanden, sind separat verschlossen.
- Betriebsfremden Personen ist ein unbegleiteter Aufenthalt in Büroräumen nicht gestattet
- Server und Endgeräte sind passwortgeschützt
- Anmeldungen an unserem EDV-System können nur durch Benutzernamen in Kombination mit sicheren Passwörtern erfolgen
- In besonders sensiblen digitalen Bereichen nutzen wir ggf. eine Zwei-Faktoren-Authentisierung oder andere zusätzliche Sicherungsmaßnahmen
- Benutzerkonten sind so beschränkt, dass die jeweiligen Benutzer nur Zugang auf die für die Ausübung Ihrer Tätigkeit absolut notwendigen personenbezogenen Daten haben

- Unsere EDV-Systeme und Endgeräte sind durch Firewalls sowie Anti-Malware-Software geschützt und nur zugelassene Prozesse können Daten aus dem geschlossenen System heraus übertragen.

Darüber hinaus haben wir weitere geeignete Maßnahmen zur Eingabe-, Übertragungs- und Transportkontrolle getroffen, sowie weitere Maßnahmen zur Zuverlässigkeit der Systeme.

Wir haben für den Fall einer Datenpanne oder eines Vorfalls mit personenbezogenen Daten ein Notfallverfahren erarbeitet, welches auch die Meldung an die zuständige Aufsichtsbehörde einschließt.

Wir haben ein Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung, Bewertung und Evaluierung der Wirksamkeit der technischen und organisatorischen Maßnahmen und zur Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung in unserem Unternehmen eingeführt. Im Rahmen dieser Umsetzung steht die Geschäftsführung im regelmäßigen Austausch mit dem Datenschutzbeauftragten und den IT-Beauftragten/Dienstleistern. Mindestens einmal jährlich wird eine Ist-Aufnahme der Prozesse vorgenommen und mit den Soll-Vorgaben abgeglichen. Die Ergebnisse werden dokumentiert und etwaigen Abweichungen wird durch geeignete Maßnahmen abgeholfen.

Der Datenschutzbeauftragte und die an der Sicherheit der IT beteiligten Personen bilden sich fortlaufend weiter und treffen geeignete Maßnahmen, die Technik und Organisation im Unternehmen stets zeitnah an den aktuell geforderten Stand anzupassen oder der Geschäftsführung notwendige, erforderliche Maßnahmen zu empfehlen.

Anlage 1 – Risiken in der Veröffentlichung von personenbezogenen Daten im Internet

Grundsätzlich besteht bei einer Veröffentlichung von personenbezogenen Daten, insbesondere Namensdaten und Bildaufnahmen, ein Risiko erkannt und hieraufhin angesprochen zu werden. Insofern wird eine Verbindung zu unserem Träger hergeleitet werden können und andere Personen könnten den Rückschluss ziehen, dass Leistungen von uns in Anspruch genommen werden. Sofern Sie mit diesen Daten auch Informationen zu Ihrer Person oder den bei uns in Anspruch genommenen Leistungen zur Veröffentlichung freigeben, können Dritte diese mit Ihnen in Verbindung bringen und auch in Bezug auf Ihre Person speichern und verarbeiten (Profiling), ohne dass dieses technisch oder organisatorisch verhindert werden kann. In der Regel ist eine solche Praktik durch Dritte rechtswidrig und Sie können gegen diese dritten Personen auf dem Rechtsweg vorgehen.

Informationen über Sie, welche Dritte durch unsere Veröffentlichungen erlangen, können zu einem gezielten Kontakt zu Ihnen zu Zwecken von Werbung, Marketing, Stellenvermittlung sowie politischer/religiöser Werbung oder ideologischer Beeinflussung führen. Es kann dabei nicht ausgeschlossen werden, dass die Informationen auch zu Zwecken von Stalking, Mobbing oder von Hass und Hetze gegen Sie genutzt werden.

Für die Veröffentlichung von Bildaufnahmen im Internet gilt grundsätzlich, dass dritte Personen diese Bilder und Videos durch einfache technische Mittel (Screenshot/Videomitschnitt) widerrechtlich in Besitz nehmen und zu eigenen Zwecken nutzen können. Dabei ist eine Veröffentlichung in anderen Webseiten oder Socialmedia-Portalen mit unkontrollierter Verbreitung im Internet nicht auszuschließen. Wir können einen solchen Missbrauch weder technisch noch organisatorisch verhindern und auch die Möglichkeiten auf dem Rechtsweg gegen diese Personen vorzugehen, die widerrechtlich Bildaufnahmen vervielfältigen und nutzen, kann erschwert oder ganz unmöglich sein.

Darüber hinaus werden Socialmedia Plattformen und sonstige Portale regelmäßig auf Servern in Ländern außerhalb der Europäischen Union betrieben. Hier

gilt die Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) nicht und nur die wenigsten Anbieter haben ein der DS-GVO entsprechendes Datenschutzniveau. Sie gehen daher das Risiko ein, das so veröffentlichte Bildaufnahmen durch die Anbieter zu eigenen Zwecken, insbesondere Werbezwecken, genutzt werden, aber auch an beliebige Dritte weiterverkauft oder übertragen werden. Hierbei könnten auch Bildaufnahmen mit anderen Daten von Ihnen zu einem Profil Ihrer Person zusammengeführt werden. Dieses auch dann, wenn ein Name zu dem Bild nicht veröffentlicht wurde, da durch technische Methoden eine Identifizierung der Person dennoch erfolgt. In diesem Zusammenhang kann auch eine biometrische Erkennung und Speicherung der Gesichtsdaten nicht ausgeschlossen werden. Möglichkeiten an Rechtsmitteln hiergegen bestehen für Sie in der Regel nicht, und es wird in einem solchen Fall nicht oder nur sehr erschwert möglich sein, die Bildaufnahmen einer nicht zugestimmten Verarbeitung und unkontrollierten Verbreitung im Internet zu entziehen.

Auf Socialmedia Plattformen (Facebook, Instagram, Twitter etc.) können Bildaufnahmen als auch Textbeiträge durch Teilen weiterverbreitet werden und so sehr schnell eine sehr große Anzahl an Personen und sehr hohe Aufmerksamkeit erreichen. Wir haben bei der Veröffentlichung auf Socialmedia-Plattformen nur begrenzten Einfluss auf die Kommentare von anderen Personen. Wir können dabei nicht ausschließen, dass es zu Textbeiträgen oder Bildaufnahmen und den darauf zu sehenden Personen auch negative oder missbräuchliche Kommentare gibt. Dieses gilt insbesondere in der Weiterverbreitung durch Teilen als auch im Falle einer widerrechtlichen Vervielfältigung und einer unkontrollierten Verbreitung im Internet durch Dritte.

Bildaufnahmen können im schlimmsten Fall durch technische Mittel (Photoshop etc.) modifiziert oder gänzlich verfälscht werden, so dass Personen in peinlichen, beschämenden oder erniedrigenden Situationen und auch in gänzlich falschen, so nie stattgefundenen Situationen, die ggf. für eine Person kompromittierend sein können, gezeigt werden.

Anlage 2 – Risiken im Zusammenhang mit E-Mailadressen

Bei der Verarbeitung von E-Mailadressen ist auch unter der Wahrung einer SSL oder anderen Verschlüsselungsform bei Versand oder Abruf grundsätzlich keine absolute Sicherheit zu gewähren. Eine SSL-Verschlüsselung besteht grundsätzlich nur mit dem Abrufs- oder Versandserver und stellt keine end-to-end Verschlüsselung dar.

Da eine end-to-end Verschlüsselung nicht gewährleistet werden kann, ist das Mitlesen von E-Mails durch dritte Institutionen, insbesondere ein technischer Scan von Inhalten einer E-Mail, nicht auszuschließen. Dieses gilt auch für nicht verschlüsselte oder sonstig gesicherte Anhänge einer E-Mail.

Im Rahmen des vorherig gesagten ist es ebenso möglich, dass E-Mailadressen in einem Einzel-, Gruppen- oder Massenversand technisch abgefangen werden, um diese Adressen zum Übersenden von SPAM jeder Art, einschließlich dem Übersenden von Links oder Anhängen zu/mit Schadware, zu missbrauchen.

Wir können den Schutz Ihrer E-Mail nur auf unseren Systemen sicherstellen. Sofern es zu einem berechtigten Versand von Gruppen-Emails mit der Offenlegung der Adressen an mehrere Empfänger kommt, können wir auf die Sicherheit der geschäftlichen oder privaten Geräte Dritter, die zum Abruf der E-Mails genutzt werden, keinen Einfluss nehmen. Diese Geräte können durch Malware infiziert sein und so E-Mailadressen einer ganzen Gruppe auslesen und zu SPAM-Zwecken nutzen.

SPAM-E-Mails, die Sie möglicherweise durch ein Abgreifen der eigenen E-Mailadresse bei Dritten erhalten, können so gestaltet sein, dass diese von seriösen E-Mails nicht zu unterscheiden sind. Hierbei wird regelmäßig versucht an Passwörter oder Bankdaten von Ihnen zu kommen sowie Malware auf Ihrem Endgerät zu installieren. Letzteres kann insbesondere durch das Öffnen von Anlagen und das Klicken von Links erfolgen. Dieses gilt auch für Links, die vortäuschen zu einer Abmelfunktion aus einem Verteiler oder zu einem Impressum etc. zu führen.

E-Mailadressen stellen grundsätzlich ein personenbezogenes Merkmal im Sinne des Datenschutzes dar. Sie können bestimmten natürlichen Personen zugeordnet werden. Über den Quellcode kann die IP-Adresse und der Ort sowie

das genutzte Endgerät für Versand oder Abruf rückverfolgt werden.

Sofern wir E-Mailadressen auf Grundlage der dafür erteilten Einwilligung veröffentlichen, können wir ein Abgreifen dieser Adressen durch dritte Personen technisch nicht verhindern. Veröffentlichte E-Mailadressen können sich unkontrolliert im Netz und für SPAM-Zwecke jeder Art verbreiten. E-Mailadressen können ferner zu Zwecken von Profiling als auch zu einer direkten ungewollten Kontaktaufnahme durch dritte Personen verwendet werden. Diese Kontaktaufnahme kann zu Zwecken von Werbung, Stellenvermittlung, Glückspiel etc. erfolgen. Es kann dabei nicht ausgeschlossen werden, dass die E-Mailadressen auch zu Zwecken von Stalking, Mobbing oder von Hass und Hetze gegen Sie genutzt werden.

E-Mailadressen, wenn es um den Empfang von E-Mails geht, können durch die Methode des sogenannten Spoofings verfälscht werden und den Anschein erwecken, dass diese von einem bestimmten Empfänger stammen, ohne dass diese tatsächlich von diesem Empfänger versandt wurden (Identitätsdiebstahl). Sie können also grundsätzlich nicht den Absender-Informationen in einer E-Mail vertrauen. Wenn Sie einen Verdacht auf einen Identitätsdiebstahl haben, sollten Sie den tatsächlichen Absender im Quellcode der E-Mail überprüfen oder dieses von einer hierfür fachkundigen Person überprüfen lassen.

Wir nutzen unter Umständen Verschlüsselungstechniken für unsere E-Mailkommunikation, wie zum Beispiel S/MIME, OpenPGP oder MS-Pureview. Hierbei übersenden wir Ihnen verschlüsselte und ggf. auch signierte E-Mails. Dabei ist zu beachten, dass die Verschlüsselung nur die Inhalte nebst Anlagen betrifft, jedoch die E-Mail-Header mit Ihren Telemetriedaten und Betreffzeilen nicht verschlüsselt werden.